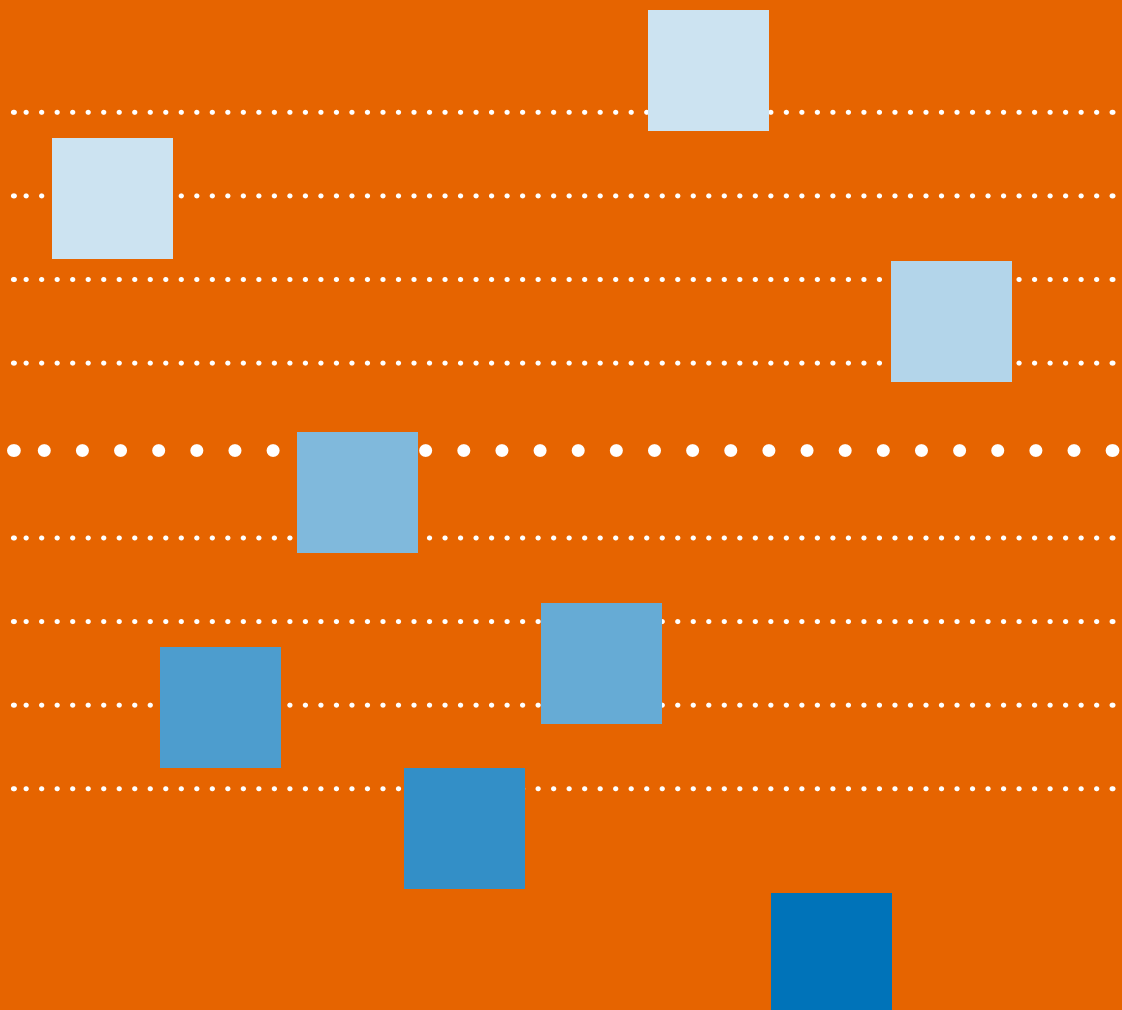


Handelsverträge und Demokratie

MODUL



www.attac.de/bima

Heißt Demokratie, dass alle paar Jahre gewählt wird? Was haben Handelsverträge und Privatisierung damit zu tun? Was geht mich das an und was kann ich machen?

Inhalt

Einführung

II.1 Aktivität: Meinungsbarometer

II.2 Arbeitsblatt: Wasserprivatisierung durch TiSA?

- M1: Öffentliche und private Güter
- M2: Gedankenexperiment: Öffentliche Einrichtung
- M3: Karikatur: Wasserprivatisierung – doch keine gute Idee?
- M4: Stiller Poker um Wasser (*Süddeutsche Zeitung*)
- M5: Streit um Wasser-Privatisierung (*Frankfurter Rundschau*)
- M6: Privatisierung (*Duden Wirtschaft von A bis Z*)
- M7: Privatisierung (*Attac*)

II.3 Arbeitsblatt: Investorenschutz und Demokratie

- [Mind-Map]
- M1: Konzerne machen Staaten den Prozess (*Attac*)
- M2: Freihandel braucht Schiedsgerichte (*F.A.S.*)
- M3: Artikel 14 des Grundgesetzes
- M4: Infotext zu Rechtsprechung
- M5: Bolivien verstaatlicht Erdgasindustrie (*bpb*)
- M6: Stichwort: Neuer Konstitutionalismus (*Alexis Passadakis*)

II.4 Arbeitsblatt: Postdemokratie

- [Plakat]
- M1: Postdemokratie (*Colin Crouch*)
- M2: TTIP ist ein Geschenk an die Konzerne (*Der Freitag*)
- M3: Doppelt demokratisch abgesichert (*EU-Kommission*)

II.5 Infoblatt: Regulatorische Kooperation

II.6 Arbeitsblatt: Großdemonstration gegen TTIP

- M1: Alle gegen TTIP (*Süddeutsche Zeitung*)
- M2: Antiamerikanismus (*bpb*)
- M3: Freihandel braucht Schiedsgerichte (*F.A.S.*)
- M4: Warum antiamerikanische Reflexe in der Freihandelskritik nichts zu suchen haben (*Attac*)

II.7 Arbeitsblatt: Europäische Bürgerinitiative

- [Leserbrief]
- M1: EU-Kommission stoppt Bürgerinitiative gegen TTIP (*Süddeutsche Zeitung*)
- [Planung einer Bürgerinitiative]
- M2: »STOP TTIP« schreibt Geschichte! (*Mehr Demokratie e. V.*)
- M3: Infotext zur Europäischen Bürgerinitiative

Die Materialien haben folgende Formate:

- **Einführung** – Fachliche Erläuterung des Themenschwerpunktes sowie ein didaktischer Kommentar zu den einzelnen Materialien
- ↑ **Aktivitäten** – Methoden, die Interaktionen in der Gruppe anregen und über deren gemeinsame Auswertung zur Erarbeitung der Inhalte führen
- i **Infoblatt** – Erläuterungen zentraler Themen eines Moduls
- **Arbeitsblätter** – Methoden, die mit Text- und Bildmaterial arbeiten

Die Arbeitsblätter und Aktivitäten bestehen aus folgenden Elementen

- M1 **Materialien (M1 bis Mx)** – Texte, Bilder oder Karikaturen aus der öffentlichen Debatte

ARBEITSVORSCHLÄGE

Arbeitsvorschläge – Vorschläge zum inhaltlichen Erschließen der Materialien



Methoden – Spezielle Verfahren zur Bearbeitung der Materialien



Infotext – Erläuterungen zentraler Begriffe eines Arbeitsblattes



Diagramme – Grafisch aufbereitete Daten zum jeweiligen Thema



Requisiten – Spezielles Zubehör zu Methoden

Einführung

Die Europäische Kommission argumentiert, dass die Verhandlungen von TTIP, CETA und TiSA keineswegs undemokratisch seien, denn schließlich hätten die gewählten Regierungschefs der Mitgliedstaaten die Kommission beauftragt, die Verhandlungen aufzunehmen. Dennoch stand die Frage der Demokratie von Beginn an und völlig zu Recht im Zentrum der Auseinandersetzungen um die Verträge.

Zunächst erregte vor allem die Intransparenz der Verhandlungen das Misstrauen der kritischen Öffentlichkeit. Nach und nach wurden jedoch – oft durch geleakte Dokumente – immer mehr Details öffentlich und bestätigten die Bedenken. So wurde deutlich, dass die Industrielobby auf beiden Seiten des Atlantiks von Beginn an einen über- großen Einfluss ausübte. Dementsprechend stehen deren Interessen auch hinter zentralen Elementen von TTIP, CETA und TiSA, die wiederum unter demokratischen Gesichtspunkten höchst problematisch sind:

- Da wären zunächst die Schiedsgerichte: Investoren können Staaten vor Privatgerichten verklagen, wenn politische Maßnahmen ihre erwarteten Profite schmälern. Dort entscheiden keine unabhängigen Richter, sondern zwei Anwälte vertreten jeweils eine Seite und ein Dritter fällt die Entscheidung – ohne eine Möglichkeit, Berufung einzulegen: Ein profitables Geschäft für wenige spezialisierte Kanzleien jenseits des normalen Justizsystems. Zudem ist abzusehen, dass die Furcht vor teuren Strafzahlungen dazu führt, dass manches Gesetz erst gar nicht verabschiedet wird. Derzeit hat etwa Vattenfall die Bundesregierung wegen des Atomausstiegs vor einem Schiedsgericht auf 3,7 Milliarden Euro verklagt. Als Reaktion auf die wachsende Kritik wurde von der EU-Kommission ein Investitionsgerichtshof vorgeschlagen, der jedoch ebenfalls auf Sonderklagerechte für Konzerne hinausliefe und unter anderem vom Deutschen Richterbund abgelehnt wird.
- Unter dem Stichwort »Regulatorische Kooperation« sollen im Rahmen von TTIP ein Frühwarnsystem für Interessengruppen, Folgeabschätzungsberichte und ein gemeinsamer Regulierungsrat der USA und der EU eingerichtet werden. Interessengruppen aus der EU und den USA sollen frühzeitig informiert werden, wenn irgendwo neue Regeln für die Wirtschaft in Planung sind. Sie sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, Rückmeldungen einzubringen – noch

bevor sich die Parlamente mit dem jeweiligen Gesetzesvorhaben befassen. Zudem sollen neue Gesetze nur dann legitim sein, wenn bereits im Vorfeld eine Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, dass sie »nützlich« sind. Und schließlich soll der sogenannte Regulierungsrat, ein demokratisch nicht legitimes Gremium, eine zentrale Rolle in Sachen politischer Regulation bekommen.

- Außerdem beinhalten TTIP, CETA und TiSA eine Agenda zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Insbesondere mit TiSA soll festgelegt werden, dass erfolgte Privatisierungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können, obgleich immer mehr Kommunen weltweit merken, dass Privatisierungen ein Irrweg waren, weil die Kosten steigen und die Qualität sinkt. Keine unerwartbare Konsequenz, wenn öffentliche Dienste an profitorientierte Unternehmen übergeben werden. Zudem werden ökologische und soziale Vergabekriterien in der öffentlichen Beschaffung infrage gestellt. Insgesamt würden damit demokratische Handlungsspielräume entscheidend eingeschränkt.

Passend zu dieser demokratiegefährdenden Agenda werden Verfahrenstricks angewandt, um dem Widerstand möglichst wenig Handlungsspielräume zuzugestehen. So wurde eine Europäische Bürgerinitiative zu TTIP und CETA mit einer formalen Begründung abgelehnt, deren Gültigkeit zurzeit noch juristisch geprüft wird.

Zudem blieb lange umstritten, wie genau die Verträge jeweils zu ratifizieren sind. Denn insbesondere parlamentarische Zustimmungen im Europaparlament, aber vor allem auch in den Mitgliedstaaten, sowie mögliche nationale Referenden könnten zu entscheidenden Hürden werden. Nachdem nun klar ist, dass CETA einige solcher Hürden nehmen muss, versucht die EU-Kommission zu erreichen, dass der EU-Rat (Rat der Europäischen Union) einer »vorläufigen Anwendung« zustimmt. Damit wäre CETA faktisch in Kraft, bevor der reguläre Ratifizierungsprozess abgeschlossen ist.

Insgesamt sind die Auseinandersetzungen um Handelsverträge geradezu idealtypisch für die Tendenzen, die in den Sozialwissenschaften unter Stichworten wie Postdemokratie (Colin Crouch) und Neuer Konstitutionalismus (Stephen Gill) diskutiert werden: Trotz des Weiterbestehens oder gar des Ausbaus formaldemokratischer Verfahren (z.B. Europäische Bürgerinitiative) werden

wesentliche Entscheidungen zunehmend hinter verschlossenen Türen und im Interesse von Großkonzernen getroffen. Wobei internationale Verträge dazu genutzt werden, ganze Politikbereiche dauerhaft der parlamentarischen Entscheidung in den Einzelstaaten zu entziehen.

Die Vehemenz des Widerstandes gegen TTIP & Co dürfte auch dadurch zu erklären sein, dass hier eine exemplarische Auseinandersetzung um die Zukunft der Demokratie geführt wird. Noch

brisanter wird diese Situation dadurch, dass die Krise der Demokratie in Europa auch von nationalistischer Seite aufgegriffen wird. In nahezu allen Ländern mobilisieren entsprechende Parteien und Gruppierungen nicht nur gegen Geflüchtete, sondern auch gegen TTIP und schüren dabei anti-amerikanische Ressentiments. Umso wichtiger sind kritische Positionen auf der Basis von Demokratie, Menschenrechten und ökologischer Nachhaltigkeit. ■

Zu den Elementen des Moduls

- Die [Aktivität II.1 \(Meinungsbarometer\)](#) bietet einen aktivierenden und kontroversen Einstieg ins Thema. Es werden Thesen zum Verhältnis von »Demokratie und Wirtschaft« in den Raum gestellt, zu denen sich die Lernenden zwischen voller Zustimmung und voller Ablehnung positionieren können. Dabei können die Lernenden ihre spontanen Positionen rund um das Thema zeigen beziehungsweise beginnen, solche zu entwickeln.
- [Arbeitsblatt II.2](#) thematisiert die Wasserprivatisierung als mögliche Folge von Handelsverträgen am Beispiel TiSA. Zunächst wird in das allgemeine Thema Privatisierung eingeführt. Zum Einstieg können sich die Lernenden der Unterscheidung von öffentlichen und privaten Gütern mit Hilfe einer [Tabelle \(M1\)](#) annähern. Anschließend wird ein [Gedankenexperiment \(M2\)](#) angeboten, in dem die Gruppe entscheidet, ob ein öffentliches Schulgebäude privatisiert wird, und danach die möglichen langfristigen Folgen der Entscheidung reflektiert. Aufbauend auf diesen Grundlagen kann überlegt werden, ob Wasser ein öffentliches Gut ist. Dann wird vorgeschlagen zwei Arbeitsgruppen zu bilden, die sich parallel mit einem [Artikel aus der Süddeutschen Zeitung zu TiSA \(M4\)](#) und mit einem [Artikel aus der Frankfurter Rundschau zur Europäischen Bürgerinitiative Right2Water \(M5\)](#) auseinandersetzen. Anschließend werden die Ergebnisse zusammengeführt und in Bezug gesetzt zu einer [Karikatur zur Wasserprivatisierung \(M3\)](#). Abschließend werden zwei konträre Definitionen zum Thema Privatisierung – nämlich aus dem [Duden Wirtschaft von A bis Z \(M6\)](#) und von [Attac \(M7\)](#) – angeboten, auf deren Grundlage sich die Lernenden mit dem strategischen Charakter von Definitionen auseinandersetzen und eine eigene Definition erarbeiten können.
- [Arbeitsblatt II.3](#) thematisiert den sogenannten Investorenschutz durch private Schiedsgerichte und wirft anschließend die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Demokratie und dem Privateigentum an Produktionsmitteln auf. Zunächst können die Lernenden eine [Mind-Map](#) oder ein [Plakat](#) zum Thema Investorenschutz und Demokratie entwickeln und dabei folgende Materialien nutzen: Einen [Text von Attac \(M1\)](#), einen [Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung \(M2\)](#), [Artikel 14 des Grundgesetzes \(M3\)](#) sowie einen [Infotext zum Thema Rechtsprechung \(M4\)](#). Anschließend wird ein Text der [Bundeszentrale für Politische Bildung zur Verstaatlichung der Erdgasindustrie in Bolivien \(M5\)](#) angeboten sowie ein Text, der das [politikwissenschaftliche Konzept des »Neuen Konstitutionalismus« \(M6\)](#) erläutert. Auf dieser Grundlage kann diskutiert werden, ob es die Möglichkeit geben soll, Unternehmen auf demokratischem Weg zu enteignen.
- [Arbeitsblatt II.4](#) lädt dazu ein, in Partnerarbeit ein [Plakat](#) zum Thema »TTIP und Postdemokratie« zu gestalten und dabei die folgenden Materialien zu nutzen: Die [Definition von Postdemokratie nach Colin Crouch \(M1\)](#), ein [Interview aus der Wochenzeitung Freitag mit der TTIP-Kritikerin Pia Eberhardt \(M2\)](#) sowie eine [Stellungnahme der EU-Kommission zur demokratischen Legitimation der TTIP-Verhandlungen \(M3\)](#). Weiterhin ist es möglich, die Definition von Crouch mit dem folgenden Infoblatt zum Thema »Regulatorische Kooperation« in Beziehung zu setzen.
- [Infoblatt II.5](#) informiert über die sogenannte Regulatorische Kooperation, die mit TTIP eingeführt werden könnte und durchsetzungsstarken Lobbygruppen enormen Einfluss auf die Gesetzgebung verschaffen würde.

- Die beiden abschließenden Arbeitsblätter widmen sich dem Widerstand gegen TTIP und seinen Formen. [Arbeitsblatt II.6](#) thematisiert Demonstrationen als Protestform. Ausgangspunkt ist ein *Bericht über eine Großdemonstration gegen TTIP aus der Süddeutschen Zeitung (M1)*, anhand dessen die Einflussnahme auf politische Prozesse durch Demonstrationen diskutiert werden kann. Anschließend wird der am Ende von M1 erwähnte Umstand aufgegriffen, dass auch nationalistische Gruppierungen zur Demonstration aufgerufen hatten. Als weitere Materialien dienen in diesem Zusammenhang ein *Text zum Thema »Antiamerikanismus« von der Bundeszentrale für Politische Bildung (M2)*, ein *Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (M3)*, der TTIP-Kritiker_innen per se Antiamerikanismus unterstellt und schließlich ein *Flugblatt von Attac zu antiamerikanischen Tendenzen in der Anti-TTIP-Bewegung (M4)*. Auf dieser Grundlage werden die Lernenden eingeladen, eine begründete Stellungnahme zur Großdemonstration abzugeben.
- Ausgangspunkt von [Arbeitsblatt II.7](#) ist ein *Bericht aus der Süddeutschen Zeitung (M1)* über die Nichtzulassung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) zu TTIP durch die EU-Kommission, zu dem die Lernenden in Form eines Leserbriefes Stellung nehmen können. Auf die Nichtzulassung der EBI haben zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen mit einer selbstorganisierten Bürgerinitiative (sEBI) reagiert und dabei weit mehr Unterschriften gesammelt als bei einer regulären EBI notwendig gewesen wären. Diese Entwicklung kann anhand einer *Pressemitteilung von Mehr Demokratie (M2)* nachvollzogen und anschließend bewertet werden. Zur Klärung der formalen Grundlagen und dem Unterschied von EBI und sEBI kann dabei der *Infotext zum Thema Europäische Bürgerinitiative (M3)* genutzt werden. Abschließend können die Lernenden die Initiierung einer Bürgerinitiative zu einem Thema ihrer Wahl planen und dabei erkunden, welche Voraussetzungen und strategischen Überlegungen dabei relevant sind. ■